



Wie sich der Ökonomismus auf die Bildung auswirkt

Das Beispiel USA

Im vorliegenden Aufsatz diskutiere ich den Einfluss der ökonomistischen Ideologie und Praxis auf die Entwicklung der amerikanischen Bildung. Ich stütze mich auf die Untersuchungen der Historikerin Diane Ravitch von 2010 und 2013. Ravitch hatte die Bildungsreform unter George H. W. Bush und Bill Clinton in hohen Positionen der amerikanischen Bildungsadministration mitgetragen. Von 2007 an war sie zur schärfsten Kritikerin der Reformbewegung geworden. Ich nehme im Weiteren Bezug auf Vicky Abeles (2015) Kritik an Obamas Programm *Race to the Top* und dem Streben nach Exzellenz sowie auf eine Studie von Pedro Noguera (2003), in der er den Einfluss von Armut und Erniedrigung auf die Bildung und Erziehung der Kinder untersucht.

Zur Geschichte der amerikanischen Bildung vor 2001/2002

Wir neigen dazu, die USA mit ausgeprägtem Individualismus, einem verabsolutierten Freiheitsbegriff und dem Bekenntnis zu uneingeschränktem Wettbewerb, kurz mit Neoliberalismus oder Ökonomismus zu assoziieren. Wir vergessen leicht, dass die USA eine sozialdemokratische Geschichte kennen, auch wenn diese in der Regel nicht so benannt wurde (Judt, 2011). Angefangen in der Zeit des *New Deal* vor dem Zweiten Weltkrieg über die republikanische Zeit Eisenhowers bis hin zu Lyndon B. Johnsons *Great Society* und in die frühen 1980er Jahre hinein war der Glaube, dass jede Amerikanerin und jeder Amerikaner die gleichen Chancen auf sozialen Aufstieg haben sollte, ein Kernelement des *American Dream*. Es war ein Mythos, der zugleich einen konkreten politischen Unterbau hatte. Soziale Ungleichheit wurde durch progressive Besteuerung verringert. Es gab einen starken öffentlichen Sektor und einflussreiche Gewerkschaften. Die Rassengrenzen sollten durch den Civil Rights Act überwunden werden. Bis in die frühen 1980er Jahre hinein glichen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA und Westeuropa weit stärker, als es in den 1920er Jahren der Fall war –

Fitzgerald Crain

Dozent für pädagogische Psychologie an der Universität Basel und Professor an der Pädagogischen Hochschule der FHNW.



und weit stärker als in der neuesten Geschichte, die mit Reagans Präsidentschaft (1981–1989) begann (ebd.).

Das gilt auch für den Bereich der Bildung. Zwar gingen die Kinder vermögender Eltern auch in der ›sozialdemokratischen‹ Zeit oft auf private Eliteuniversitäten oder sie besuchten private Schulen. Zugleich gab es jedoch hervorragende öffentliche Universitäten (z.B. Berkeley, University of Michigan). Die öffentliche Schule war anerkannt, und private Schulen standen, vor allem in den Südstaaten, im zweifelhaften Ruf, die seit 1954 gesetzlich vorgeschriebene De-Segregation in den *Public Schools* umgehen zu wollen. Milton Friedman hatte 1955 in seiner Schrift ›The Role of Government in Education‹ die Einführung von Bildungsgutscheinen (Vouchers) propagiert. Wo öffentlich darüber abgestimmt wurde, blieben die Vouchers ohne Chance. Der Umschwung begann mit der Präsidentschaft von Ronald Reagan, der ein Anhänger Friedmans war. Er befürwortete dessen Idee der Bildungsgutscheine. Allerdings opponierten die Demokraten, die eng mit den Gewerkschaften der LehrerInnen verbunden waren. Die öffentliche Bildung war ein Anliegen der Demokraten, von Bildungsgutscheinen wollte man nichts wissen.

Von den 1990er Jahren an nahm der Einfluss jener zu, die das öffentliche Bildungssystem tiefgreifend im Sinne von Privatisierung und Wettbewerb verändern wollten. Es liessen sich zwei Hauptströmungen unterscheiden:

- Zurückgehend auf Friedman, traten die Anhänger einer radikalen Marktwirtschaft für den Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen ein und sprachen sich dafür aus, dass die Eltern die beste Schule im Interesse der eigenen Kinder wählen könnten (*Choice*).¹
- Eine zweite Gruppe forderte, dass die schulischen Leistungen mit standardisierten Tests gemessen und dass Schulen beziehungsweise Lehrpersonen für den Erfolg oder Misserfolg der SchülerInnen verantwortlich gemacht werden sollten (Testing and Accountability Movement).

Die Zäsur von *No Child Left Behind*

Der Wendepunkt war das Gesetz *No Child Left Behind (NCLB)* von 2001 (2002 in Kraft getreten), das George W. Bush im Kongress mit Unterstützung der Demokraten durchbrachte. Es verlangte, dass jedes Kind in den Klassen 3 bis 8 einmal jährlich getestet werden müsse. Bis 2014 sollte jedes Kind in den USA einen bestimmten Grad an Lese- und Rechtfähigkeit erreicht haben. Erreichte eine Schule dieses Ziel nicht,



konnte sie geschlossen, einem privaten Management übergeben oder in eine *Charter School* umgewandelt werden.

In welcher Hinsicht war NCLB ein Wendepunkt?

- Die Ziele wurden unrealistisch hoch gesetzt, weshalb sehr viele öffentliche Schulen scheiterten. Das Scheitern wurde von den ReformInnen – dem *Corporate Reform Movement* – mit einem generellen Scheitern der *Public Schools* gleichgesetzt.
- *NCLB* förderte *Charter Schools* und Privatschulen, damit die Privatisierung der Bildung.
- In der Folge des Gesetzes entstand eine riesige Zusatzindustrie im Bereich der Beratung, der Testvorbereitung, der Nachhilfe, der privaten und – im Falle der *Charter Schools* – halbprivaten Bildung. Öffentliche Gelder wurden in private Kanäle umgeleitet.
- *Test Scores* erhielten eine zunehmend grössere Bedeutung. Die Folge war ein immer ausgeprägteres *Teaching to the Test*. Die *Test Scores* dominierten den Unterricht, sie bestimmten über die Existenz der Schulen und damit auch über die berufliche Existenz der Lehrpersonen.
- Ein zentraler Begriff war *Accountability*, was bedeutet, dass die Schulen für die Leistungen der SchülerInnen im Sinne einer Haftung verantwortlich waren.
- Im Gefolge der Finanzkrise 2008 kürzten die Staaten die Bildungsbudgets, was primär zu Lasten jener Fächer ging, die *nicht* getestet wurden (z.B. Literatur, Geschichte, Kunst).
- *NCLB* verkörperte den Wechsel von einem föderalistischen zu einem zunehmend zentralistisch organisierten Bildungssystem.

Obama stellte dieser Entwicklung keineswegs den Widerstand entgegen, den sich KritikerInnen dieser ökonomistischen Reform erhofft hatten. Die Obama Administration beziehungsweise das *US Department of Education* mit Arne Duncan als *Secretary of Education* (2009 bis 2016) förderte sie vielmehr. Mit dem Programm *Race to the Top* stellte Obama den Bundesstaaten 4,35 Milliarden Dollar zur Verfügung – unter der Bedingung, dass sie die Reformen umsetzten. *Race to the Top* ging zudem einen wichtigen Schritt weiter als *NCLB*: Nicht nur die Schulen hafteten nun für die *Test Scores* der SchülerInnen, sondern auch die einzelnen Lehrpersonen. Effizient war eine Lehrperson nur, wenn die SchülerInnen jährliche Fortschritte verzeichneten.



Welches sind die Elemente des *Corporate Reform Movement*?

Schauen wir uns die Aktivitäten und die Philosophie des *Corporate Reform Movement* an. Welches Konzept von Mensch und Gesellschaft steckt dahinter?

- Fortschritt entsteht durch den Wettbewerb der Menschen und Staaten untereinander. Dieses Wettbewerbsprinzip gilt auch für die Bildungsinstitutionen. *Public Schools*, *Charter Schools* und private Schulen stehen in Konkurrenz zueinander. Die besten Schulen setzen sich durch und werden belohnt. Die schlechten Schulen gehen unter. Die guten Lehrpersonen werden mit Boni oder einem entsprechenden Leistungslohn belohnt, die schlechten entlassen und durch gute Lehrpersonen ersetzt, wobei nach Meinung der ReformeInnen die Qualität der Lehrpersonen wenig bis nichts mit ihrer Ausbildung oder Erfahrung zu tun hat.
- Der einzelne Mensch wird vom Wunsch angetrieben, mehr als andere zu erwerben und zu besitzen. Das trifft auch auf die Lehrpersonen zu, weshalb es falsch ist, wenn sie eine feste Anstellung mit einem gesicherten Lohn bekommen. Sind sie sich ihrer Stelle sicher, sind sie nicht mehr motiviert, sich für die Belange der Kinder einzusetzen. Die ReformeInnen kämpfen deshalb auch gegen die Gewerkschaften. Diese sind für sie Ausdruck einer Haltung von Staatsgläubigkeit, von Bequemlichkeit und Mangel an privater Initiative. Der Begriff ›Fürsorge‹ hat für die ReformeInnen einen negativen Klang.
- Der Staat steht für Regulierung und damit für die Einschränkung der individuellen Freiheit. Er steht für Entmündigung. Die ReformeInnen sind überzeugt, dass alles, was staatliche Stellen unternehmen, von Privaten um ein Vielfaches besser getan werden kann.
- Das ökonomische Denken dominiert nicht nur die Ökonomie, sondern bestimmt sämtliche Bereiche des Lebens und damit auch die Bildung. Bildung ist eine Ware wie jede andere Dienstleistung und jedes andere handelbare Objekt auch.
- Ökonomen glauben an die mathematische Berechenbarkeit menschlicher Tätigkeiten. Eine ökonomistische Bildungstheorie glaubt an die Quantifizierbarkeit schulischer Leistungen. Schulische Leistungen werden mit standardisierten Tests geprüft. Diese erlauben ein Ranking der SchülerInnen, der Lehrpersonen und der Schulen.²
- Bildung wird zur Ausbildung. Das Ziel ist die Vorbereitung auf Konkurrenzkampf, berufliche Bewährung und Karriere.



Wie aus einer ›öffentlichen Alternative‹ ein Projekt der Privatisierung wurde

1988 dachten Ray Budde und Albert Shanker³ darüber nach, wie man jene Kinder erreichen könnte, die abgelöscht im Unterricht sassen, diesen gar nicht besuchten oder die schwer zu erziehen waren. Sie befürworteten öffentliche Schulen, die von bürokratischen Fesseln weitgehend befreit werden sollten und in denen engagierte Lehrpersonen in der Lage wären, sich der Gruppe der schwierigsten und besonders benachteiligten SchülerInnen zu widmen. Die Idee der *Charter Schools* war geboren. Sie sollten eine Art öffentliche Alternative zur *Public School* sein – idealerweise keine Konkurrenz, sondern eine Experimentalschule, die Vorbildcharakter haben und die öffentliche Schule ergänzen sollte. Bereits 1993 wandelte sich Shanker zu einem Kritiker der *Charter Schools*. Er erkannte, dass sie die *Public Schools* konkurrenziierten und in ihrer Existenz bedrohten, da sie ein Einfallstor für die Privatisierungsbewegung wurden.

Was sind *Charter Schools*, wozu entwickelten sie sich seit ihren Anfängen?

- Es sind keine reinen Privatschulen, sondern sie werden mit öffentlichen Geldern finanziert. Allerdings werden sie oft von einflussreichen Stiftungen und Privaten aus ideologischen Gründen grosszügig zusätzlich unterstützt.
- Einige Charter Schools sind Non-Profit-Organisationen, andere sind gewinnorientiert.
- Charter Schools haben nur minimale Vorgaben und sind viel weniger reguliert als Public Schools. Sie werden von den ReformernInnen als Gegengift gegen eine bürokratische Überregulierung an den öffentlichen Schulen gesehen.
- Charter Schools sind frei zu entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen, welche nicht oder welche Kinder sie ausschliessen wollen – während die öffentliche Schule gezwungen ist, sämtliche Kinder aufzunehmen.
- Charter Schools können frei bestimmen, wie gross die Klassen sein sollen. Je grösser die Klassen, umso grösser unter Umständen der Profit.
- Charter Schools entscheiden frei, wie die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten z.B.) ausgestaltet sind und wie sie Lehrpersonen, Schulleitungen oder das Management anstellen und bezahlen. Vor allem wenn sie gewinnorientiert arbeiten, neigen sie dazu, Lehrpersonen schlecht



zu bezahlen, während die Schulleitungen und Managements möglicherweise weit besser entlohnt werden als in den öffentlichen Schulen.

- Charter Schools können frei bestimmen, ob und wie gut die Lehrpersonen ausgebildet sind. Je schlechter ausgebildet und je schlechter sie bezahlt sind, umso grösser ist der finanzielle Gewinn.
- Charter Schools können den Umgang mit den Kindern frei definieren. Einige orientieren sich an den berühmten Boot Camps und setzen auf strengste Disziplin und Unterordnung. Solche disziplinarischen Vorschriften würden in Public Schools auf Widerstand stossen oder wären vom Gesetz her sogar verboten.
- Charter Schools können darüber bestimmen, ob Lehrpersonen gewerkschaftlich organisiert sein dürfen oder nicht. In der Regel ist die Zugehörigkeit zu Gewerkschaften untersagt. Fast 90 Prozent der Lehrpersonen in solchen Schulen sind nicht gewerkschaftlich organisiert (Ravitch, 2013, 13).
- Charter Schools organisieren sich selbst, sie sind der demokratische Kontrolle durch lokale School Boards entzogen.

Welches sind die Grundannahmen der ReformertInnen?

Die ReformertInnen gehen von folgenden Grundannahmen aus:

- Die Public Schools sind schlecht. Sie können nicht aus sich selbst heraus erneuert und verbessert werden. Es braucht einen radikalen Umbau des Bildungswesens.
- Die Reform muss schnell umgesetzt werden. Das ist möglich, weil die ReformertInnen genau wissen, wie vorzugehen ist. Sie wissen, wie die Qualität der Schulen und der Lehrpersonen bestimmt werden kann (durch Test Scores). Sie wissen, wie Schulen geführt werden müssen (wie ein im Markt tätiges Unternehmen). Sie verfügen über eine eindeutig bestimmbare ökonomische und politische Grundüberzeugung (Glaube an Wettbewerb und private Initiative).
- Der Wandel gelingt, wenn die Reform mit klarem Konzept ›Top down‹ umgesetzt wird. Dazu müssen demokratische Entscheidungsgremien wie die School Boards ausgeschaltet werden. Die ReformertInnen lieben, so Ravitch (ebd., 25), demokratische Entscheidungswege und Kontrolle (Checks and balances) nicht.
- Der radikale Umbau des Bildungssystems ist möglich, wenn viel Geld für Lobbying, politische Einflussnahme und Werbung eingesetzt wird.



Wer steht hinter dem Corporate Reform Movement?

Wer steht hinter der Reformbewegung im Allgemeinen und der Charter School-Bewegung im Besonderen? Die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer der Reformidee ist lang und sie ist prominent besetzt.

- Sämtliche US-Präsidenten von Reagan bis zu Obama unterstützten die Agenda der ReformeInnen.
- Republikanische Präsidentschaftskandidaten von 2016 wie John Kasich, Jeb Bush oder Chris Christie gehören zu den Befürwortern der Reform. Der republikanische Gouverneur Arnold Schwarzenegger förderte die Charter School-Bewegung ebenso wie Michael Bloomberg, der unabhängige Bürgermeister von New York, oder Emanuel Rahm, der demokratische Bürgermeister von Chicago (ehemals Stabschef von Obama).⁴
- Mächtige und finanzstarke Gruppen (Wall Street) befürworten die Privatisierung des Bildungswesens, auch aus dem Kalkül heraus, dass in der Bildung sehr viel Geld relativ risikolos zu verdienen ist.
- Unterstützt wird die Reformbewegung von einflussreichen und finanzkräftigen Stiftungen wie der Bill & Melinda Gates Foundation oder der Walton Family Foundation (Walmart). Die grossen Stiftungen geben Hunderte von Millionen Dollar aus, um – ohne demokratische Legitimation – die Entwicklung des Bildungswesens im Sinn der ReformeInnen zu unterstützen.

Vom Umgang der ReformeInnen mit den Fakten

Diane Ravitch (ebd., 123) bezeichnet die ReformeInnen als Gläubige, die sich eine Welt, die nicht ausschliesslich an ökonomischen Kriterien orientiert ist, gar nicht vorstellen können. Da sie zugleich nicht bereit sind, »evidenz-basierte« Fakten zur Kenntnis zu nehmen, wenn diese ihren Ansatz in Frage stellen, kann ihre Theorie als Ideologie bezeichnet werden.

- Damit das öffentliche Bildungssystem im Sinne der ReformeInnen radikal umgestaltet werden kann, muss es schlecht geredet werden. Der desolate Zustand der öffentlichen Bildung wird mit internationalen Vergleichsdaten (PISA) belegt. Wie aber steht es mit dem so desolaten Abschneiden der USA in den internationalen Vergleichstests? Zieht man soziale Faktoren in Betracht, so zeigt sich, dass US-Schulen mit weniger als 10 Prozent armen Kindern gleich gute Resultate erbringen wie die SchülerInnen in Ländern mit hohen PISA-Resultaten



(Ravitch, ebd., 63ff.). Staaten wie Massachusetts oder Connecticut schneiden so gut ab wie Finnland. PISA misst Durchschnittswerte. Die amerikanischen Testergebnisse sind dort schlecht, wo es massive Armut gibt. In Finnland leiden 5 Prozent aller Kinder unter Armut, in den USA sind es 23 Prozent (ebd., 94). Die ReformeInnen nehmen die internationalen Vergleichszahlen jedoch nur selektiv zur Kenntnis. Der internationale Vergleich wird instrumentalisiert, um den Reformbedarf zu legitimieren.

- Die ReformeInnen behaupten, die Zahl der SchulabbrecherInnen nehme zu respektive die Zahl der High School- und Hochschulabschlüsse nehme ab. Eine empirische Analyse zeigt, dass diese Annahmen falsch sind (ebd., 55ff.).
- Die Leistungen der SchülerInnen waren in den vergangenen Jahrzehnten durchschnittlich besser geworden. Wenn der Achievement Gap (Leistungslücke) heute wieder zunimmt, so hängt es mit der im Vergleich zu früher prekäreren Situation an den Public Schools zusammen. Seit dem NCLB und Race to the Top nehmen die Segregation an den Schulen, die Leistungslücken und die Einkommenslücken zu.⁵
- Falsch ist auch die Behauptung, dass die Qualität der Charter Schools besser sei als die der Public Schools. Es gibt gute und schlechte Charter Schools, so wie es gute und schlechte Public Schools gibt (immer gemessen an den fragwürdigen Test Scores). Den öffentlichen Schulen muss dabei zugute gehalten werden, dass sie im Vergleich mit den Charter Schools deutlich benachteiligt sind. Ihre Ressourcen sind geringer und ihre Infrastruktur ist schlechter, da sie über weniger finanzielle Unterstützung durch Private und Stiftungen verfügen. Im Gegensatz zu den Charter Schools sind sie zudem verpflichtet, sehr schwache Schülerinnen und Schüler, Kinder mit Behinderung oder verhaltensauffällige Kinder aufzunehmen, was sich auf die Testergebnisse auswirkt.

Was bezweckt die Reformbewegung?

Welches sind die expliziten, welches die impliziten Ziele der Reformbewegung? Vordergründig geht es um bessere Leistungen der SchülerInnen, um bessere Schulen in einer globalen Wettbewerbsgesellschaft, um Exzellenz und um das Bestreben, das amerikanische Bildungswesen wieder weltweit zur Nummer eins zu machen (Race to the Top). Scheinbar geht es also darum, die Leistungslücken zu schliessen. Welches sind die impliziten Zielsetzungen?



- Bereits im Zusammenhang mit dem Sputnik-Schock von 1957 wurde die Verantwortung für den scheinbaren technologischen Vorsprung der Sowjetunion von manchen Kommentatoren dem mangelhaften Bildungssystem zugeschrieben. Der Bericht *A Nation at Risk* von 1983 machte die Schule für den Niedergang der Industrie (vor allem der Autoindustrie) und für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verantwortlich. 2010 warnte Präsident Obama anlässlich des schlechten Abschneidens bei PISA davor, dass China die USA wirtschaftlich und wissenschaftlich überholen könnte. Dass der Niedergang der Autoindustrie mit der fehlenden Voraussicht der Verantwortlichen oder dass die Wirtschaftskrise von 2008 mit der deregulierten Finanzwirtschaft erklärt werden könnte, wurde und wird von den ReformerInnen ausgeblendet. Die Verantwortung für wirtschaftliches und staatliches Versagen wird an die öffentliche Schule delegiert.
- Es mache, so die ReformerInnen, deshalb keinen Sinn, nach sozialen Ursachen schlechter Test Scores zu suchen. Für tiefe Testergebnisse ist ausschliesslich die Schule beziehungsweise die Lehrperson verantwortlich. Prekäre soziale Verhältnisse wie Armut seien *no excuse*. Die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen des Lernens, nach der Bedeutung der Ungleichheit der Lebenschancen stellt sich nicht. Soziologische, sozialpsychologische und medizinische Untersuchungen, welche die Bedeutung der Armut für die psychobiologische Entwicklung und die späteren Lebenschancen eines Menschen in grosser Zahl belegen, werden nicht zur Kenntnis genommen (siehe dazu Noguera, 2003). Es wird die Strategie verfolgt, Armut und Ungleichheit zu verschleiern. Armut und extreme Ungleichheit seien, so Diane Ravitch (ebd., 294), heute aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwunden.
- So sehr der Gedanke der individuellen Freiheit und der Ablehnung staatlicher Eingriffe propagiert wird, so zeigt sich – scheinbar paradoxerweise –, dass die Reformbewegung von einer zentralistischeren Bildungsorganisation profitiert. Die USA verfügten lange über ein dezentralisiertes Bildungswesen. 1979 wandelte Präsident Carter das US Office of Education in ein US-Department of Education um. Eingriffe ins Schulwesen waren dem Department jedoch untersagt, der Kongress war strikt dagegen. Das Verhältnis zwischen Föderalismus und Zentralismus kehrte sich 2001 um, als der Kongress unter George W. Bush NCLB annahm. Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte übernahm ›Washington‹ einen Teil der Kontrolle über das Erziehungswesen. Unter Präsident Obama wurde das Department of



Education in den Status eines Ministeriums erhoben. Mit dem Programm Race to the Top griff die Bundesregierung direkt in die Gestaltung der bundesstaatlichen Bildungswesen ein, indem sie Gelder unter der Bedingung verteilte, dass die Staaten die Reformagenda umsetzten. Die einzelnen Staaten waren zwar frei darin, das Geld zu nehmen oder zurückzuweisen. Im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 waren sie jedoch darauf angewiesen. Staatlichen Eingriffen stehen die ReformInnen generell in hohem Mass negativ gegenüber, während solche bejaht werden, wenn es um die eigenen Privatisierungsinteressen geht.

- Eine radikale Reform ist, so die Reformbewegung, nur möglich, wenn demokratische Entscheidungsgremien und -wege weitgehend ausgeschaltet werden. Demokratische Entscheidungsstrukturen werden deshalb durch eine in der Wirtschaft gebräuchliche autoritäre Managementpraxis ersetzt. Die privatisierten oder in Charter Schools umgewandelten Schulen zeichnen sich oft durch autoritäre Führung und Steuerung aus. In vielen Charter Schools werden eine strikte Disziplin der Schülerinnen und Schüler, aber auch die Anpassung und Unterordnung der Lehrpersonen verlangt.

Quintessenz

Zu einschneidenden Veränderungen der US-amerikanischen Bildung kam es vor allem im neuen Jahrtausend. Von NCLB im Jahr 2002 bis zu Obamas Race to the Top 2009 dauerte es keine zehn Jahre, um das Bildungssystem im Sinn der Privatisierung von Bildung, von Wettbewerb, von Choice, Testing und Accountability partiell umzubauen – ein Prozess, der nicht abgeschlossen ist. Die Pläne der ReformInnen orientieren sich dabei vordergründig an den Bedürfnissen der schlechten Schulen. Scheinbar geht es ihnen um das Wohl der Kinder und um »Demokratie«. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus?

- Das Niveau der allgemeinen Bildung ist nicht gestiegen, im Gegenteil. Nur die Test Scores werden höher, da man sich im Unterricht vorwiegend auf die standardisierten Tests vorbereitet.
- Die Vielfalt eines Curriculums, das auf eine breite Bildung angelegt ist, wird zugunsten einer utilitaristischen Idee von Bildung aufgegeben (dies betrifft die Public Schools, nicht private Eliteschulen und private Eliteuniversitäten, in denen das »alte« Bildungsideal immer noch hochgehalten wird).
- Die Ungleichheit der Bildungschancen ist grösser, nicht geringer geworden.



- Die Reformen bestrafen Lehrpersonen, die mit schwachen, erziehungsschwierigen Kindern aus sozial benachteiligten Familien arbeiten. Sie bestrafen Lehrpersonen, die mit Kindern mit Behinderung arbeiten.
- Die Reformen fördern Angst und Verunsicherung unter den Lehrpersonen und damit ihre Anpassung und Unterwerfung unter autoritäre Strukturen.
- Die Vereinzelung des Menschen nimmt durch das fortwährende Wettbewerbs- und Konkurrenzsystem zu.
- Die Idee der öffentlichen Schule mit ihrer lokalen Anbindung an eine Gemeinde oder einen Distrikt geht zusehends verloren, damit auch die Idee einer Gesellschaft, in der sich die Menschen trotz aller Unterschiede in der Herkunft miteinander verbunden fühlen.

Every Student Succeeds Act vom Dezember 2015

Die Reformen bedrohen die Grundlagen einer öffentlichen Bildung, auf die viele AmerikanerInnen lange stolz waren. Gegen diese Entwicklung regt sich bei Eltern und Lehrpersonen Widerstand. Dokumentarfilme wie *Race to Nowhere* von 2009 und *Beyond Measure* von 2014 von Vicky Abeles (vgl. auch 2015) belegen einen wachsenden Unwillen gegenüber der Bildungsagenda der ReformenInnen, der ausschliesslichen Leistungsorientierung auf Kosten der seelischen und physischen Gesundheit, dem allgegenwärtigen Testen und der Unterwerfung unter vorgegebene Bildungsstandards. Ravitch meint, die Reformagenda »does not have a popular base« (2013, 317). Veränderungen müssen, darin sind sich die GegnerInnen der Reformagenda einig, vor allem von unten kommen. Es ist wenig Vertrauen vorhanden, dass sich die Politik gegen Privatisierung, Testing und Accountability zur Wehr setzt. Zu sehr ist die Politik mit ›Wall Street‹ verknüpft.

Im Dezember 2015 unterzeichnete Obama allerdings ein Gesetz, das eine leichte Abkehr von NCLB wie auch von *Race to the Top* beinhaltet.

- Der Every Student Succeeds Act gibt die Verantwortung für die schulischen Belange teilweise an die Bundesstaaten und Distrikte zurück. Diese müssen sich Gedanken machen, wie sich die 5 Prozent der schlechtesten Schulen verbessern können und wie das Achievement Gap geschlossen werden kann.
- Das Gesetz gibt dem Belohnungsaspekt im Verhältnis zum vorher dominierenden Strafaspekt ein grösseres Gewicht. High Poverty Schools zum Beispiel sollen für bessere Test Scores belohnt werden.



- Die Bedeutung der Test Scores bleibt erhalten, allerdings sind die Staaten aufgefordert, ein Evaluationskonzept für Schulen und Lehrpersonen zu entwickeln, das nicht ausschliesslich auf den Test Scores beruht. Zu einer umfassenderen Evaluation gehören die Beobachtung der Schulleitungen, Peer-Reviews oder Feedbacks von Eltern, Schülerinnen und Schülern.

Das Gesetz kam mit Unterstützung der Republikaner, der »Geschäftswelt« und der Teacher's Union zustande. Die Republikanische Seite könnte sich an der zunehmenden Macht der Zentralregierung gestossen haben. Obama hatte sich mehrmals kritisch gegenüber der Tatsache geäussert, dass Testen und Testvorbereitung einen immer grösseren Teil des Unterrichts beanspruchen würden. NCLB schien eine allzu einfache Lösung für einen komplexen Sachverhalt zu sein.

Kritisch dem Reformkonzept und auch den Charter Schools gegenüber äusserten sich im Vorwahlkampf der demokratische Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders – er hatte schon 2001 gegen NCLB gestimmt – sowie Hillary Clinton, nachdem sie sich mit der Teacher's Union ausgesprochen hatte. Sollten Sanders oder Clinton die Wahl im Herbst 2016 gewinnen, wird es interessant sein zu sehen, wie sich das US-amerikanische Bildungssystem weiter entwickelt. Es wird sich zeigen, ob mit dem Gesetz vom Dezember 2015 die Grundlagen der Reformpolitik wie Choice, Accountability, Testing und Wettbewerb ernsthaft relativiert wurden.



Anmerkungen

- 1 Der Gedanke der freien Wahl wurde auch von demokratischer Seite befürwortet – so damals von Diane Ravitch (2010). Warum sollen nur die vermögenden Eltern die Schule für ihre Kinder auswählen können? Wäre es nicht gerechter, wenn alle Eltern wählen können? Würde es die Bildungsinstitutionen nicht vorwärts bringen, wenn die Schulen miteinander im Wettbewerb stünden, so dass sich die guten Schulen eher behaupten, da sie von mehr Eltern gewählt werden – unabhängig davon, ob die Eltern reich oder arm sind?
- 2 2012 verfügte das NY City Department of Education über die Daten sämtlicher Lehrpersonen der Stadt. Murdochs »New York Post« verlangte die Herausgabe des Rankings der Lehrpersonen. Das Erziehungsdepartement wies auf die methodisch bedingte Unschärfe hin. Auch die Teacher's Union wehrte sich. Bürgermeister Michael Bloomberg argumentierte, dass die Eltern ein Anrecht auf Offenlegung hätten und entschied im Sinne der »New York Post«, die in der Folge eine Story über die besten und die schlechtesten Lehrpersonen veröffentlichte, mit Bild und Namensnennung. Die »schlechteste« Lehrerin unterrichtete in einer Klasse mit lauter Migrantenkinder, die kein Wort englisch sprachen. Beherrschten sie die Sprache einigermaßen, traten sie aus der Klasse aus. Die Lehrerin galt als fachlich herausragend. Das schützte sie nicht vor öffentlicher Demütigung (Ravitch, 2013, 113).
- 3 Budde war Professor an der University of Massachusetts, Shanker Präsident der American Federation of Teachers.
- 4 2012 besuchten bereits 8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Kalifornien eine Charter School. Im Staat Arizona waren es 15 Prozent. In New Orleans gingen 2012 sogar 80 Prozent aller Kinder in eine Charter School. Vgl. NZZ vom 19. Nov. 2015: »New Orleans: Eine Revolution in Amerikas Schulwesen: Seit dem verheerenden Wirbelsturm Katrina hat sich das Bildungswesen in New Orleans radikal verändert.«
- 5 Der Achievement Gap zwischen reichen und armen Kindern ist bei den nach 2001 Geborenen grösser als bei denen, die 25 Jahre zuvor zur Welt kamen. Der Income Gap ist heute grösser als zu irgendeiner Zeit seit den 1920er Jahren (Ravitch, 2013, 55ff.).

Literatur

- Abeles, V. (2015): Beyond Measure: Rescuing an Overscheduled, Overtested, Underestimated Generation. New York etc.: Simon & Schuster
- Judt, T. (2011): Ill Fares the Land. London: Penguin Books
- Noguera, P. (2003): City Schools and the American Dream: Reclaiming the Promise of Public Education. New York and London: Teachers College Press
- Ravitch, D. (2010): The Death and Life of the Great American School System: How Testing and Choice Are Undermining Education. New York: Basic Books
- Ravitch, D. (2013): Reign of Error: The Hoax of the Privatization Movement and the Danger to America's Public Schools. New York: Vintage Books